

"Diese Tat hätte verhindert werden können"

Das sagt der Radeberger Schützen-Chef Thomas Gruner zum Massaker in Hanau. Und er sagt auch, was getan werden müsste.



Eine Kaliber 9 mm Pistole, Patronen und ein Magazin auf einer Waffenbesitzkarte. Mit einer Waffe dieses Kalibers soll der Täter von Hanau seine Opfer ermordet haben. © Patrick Pleul/dpa
6 Min. Lesedauer

Radeberg. Zehn Menschen und sich selbst hat Tobias R. bei dem Massaker in Hanau erschossen. Er war Sportschütze in einem Frankfurter Verein. Nach der Tat wurden Forderungen nach einer Verschärfung des Waffenrechtes laut. Sportschützen sehen sich unter Generalverdacht gestellt. Die SZ sprach mit Thomas Gruner vom Vorstand der Privilegierten Bürgerschützen-Gesellschaft Radeberg, weshalb er gegen schärfere Regeln für Sportschützen ist, ob Menschen mit extremistischen Ansichten in seinem Verein an eine Waffe kommen können und warum er seinen Sport gern ausübt.

Herr Gruner, was haben Sie gedacht, als Sie vom Massaker in Hanau erfuhren?

Ich war wie wohl jeder andere auch geschockt und entsetzt. Zehn unschuldige Menschen, ermordet von einem Psychopathen und Extremisten. Ein furchtbares und unfassbares Verbrechen.

Wundert es Sie, dass Schützenvereine generell in Zusammenhang mit solchen Taten gebracht und unter Generalverdacht gestellt werden? Schließlich war auch beim Anschlag von Winnenden der Sohn eines Sportschützen der Täter.

Die Erfahrung zeigt, dass insbesondere Politiker einiger Parteien solche seltenen Extremtaten instrumentalisieren, um weitere Verschärfungen des Waffenrechts zu erreichen. Angesichts der zwei Millionen Sportschützen in Deutschland ist der Anteil solcher Straftaten extrem gering. Die Schützenvereine und Sportschützen in ein schlechtes Licht zu rücken und den Schießsport weiter einzuschränken, ist nicht der richtige Weg.

Dass solche Taten verhindert werden sollten, darüber sind wir uns einig. Was muss aus Ihrer Sicht getan werden?

Eine absolute Kontrolle wird es in einer freiheitlichen und liberalen Gesellschaft nicht geben. Meiner Ansicht nach reichen die derzeitigen Gesetze aus. Der Täter von Hanau war nach meinem Wissen den Behörden bekannt. Er hatte einen Brief mit Verschwörungstheorien an staatliche Stellen geschrieben. Da hätten die Alarmglocken angehen müssen. Dem Mann hätten die Waffen entzogen werden müssen. Doch trotz eindeutiger Rechtslage passierte nichts. Diese Tat hätte verhindert werden können. Wir haben ein Vollzugsdefizit, keins im Waffenrecht. Das geltende Gesetz muss durch die Behörden konsequent angewendet werden, und dazu müssen sie entsprechend personell ausgestattet sein. Weitere Waffenrechtsverschärfungen oder Verbote sind angesichts der geringen Deliktrelevanz unverhältnismäßig. Nach Hanau ist der schreckliche Vorfall in Volkmarshausen geschehen. Dort raste der Täter mit einem Auto in eine Menschenmenge. Die Tatwaffe war gewissermaßen ein Auto. Niemand wird auf die Idee kommen, den Gebrauch von Autos einzuschränken.

Zumindest werden Schutzmaßnahmen ergriffen. Weihnachtsmärkte werden bekanntlich mit Barrieren geschützt. Hätte eine Änderung im Waffenrecht nicht auch eine solche Funktion? Könnten Sie zumindest nicht diese Taten erschweren?

Die letzte Verschärfung des Waffenrechts ist gerade erst in Kraft getreten. Nach meinem Eindruck sind die meisten Vorschläge eher Ausdruck von Aktionismus und erhöhen die Sicherheit auch aus Sicht von Sachverständigen nicht. Immer wieder kommt beispielsweise der Vorschlag, Sportwaffen und Munition zentral in den Vereinsräumen zu lagern und nicht bei den Schützen in der Wohnung. Würde der Vorschlag umgesetzt, würden große Waffen- und Munitionslager geschaffen, meist sehr abgelegen. Diese gerieten ganz sicher in das Blickfeld von Kriminellen und Extremisten. Ein dringendes Handlungsfeld ist der Kampf gegen den illegalen Waffenbesitz, sind doch in Deutschland weit mehr illegale Waffen im Umlauf als legale. Auch der Bataclan-Anschlag beispielsweise, der die Waffenrechtsverschärfungen durch die EU-Feuerwaffenrichtlinie zur Folge hatte, wurde mit schon immer verbotenen Kriegswaffen vom Balkan ausgeführt.



Thomas Gruner vom Vorstand der Privilegierten Bürgerschützen-Gesellschaft Radeberg ist gegen eine Verschärfung des Waffenrechts. © Sven Ellger

Im Gespräch ist eine Regelüberprüfung aller Sportschützen durch den Verfassungsschutz. Würde das nicht helfen, Extremisten auszusortieren?

Die Regelanfrage beim Verfassungsschutz wird ab sofort für alle Sportschützen durchgeführt. Wir sind jedoch aus folgendem Grund gegen die Verfassungsschutz-Überprüfung: Damit werden alle Sportschützen unter einen Generalverdacht gestellt. Ich kenne keine andere Personengruppe, die pauschal untersucht wird. Noch einmal: Wir haben bereits Gesetze, die es erschweren, dass Waffen in die falschen Hände geraten. Wer Sportschütze werden möchte, muss sich einer intensiven Überprüfung unterziehen. Wer Vorstrafen hat, bekommt keine Sportwaffe. Das ist auch richtig so. Extremisten, Rassisten oder Psychopathen dürfen keinen Zugang zu Waffen haben.

Der Täter von Hanau war in einem Schützenverein aktiv und fiel dort nicht auf. Können Sie in Ihrem Verein ausschließen, dass Extremisten oder psychisch Kranke an Waffen gelangen?

Er fiel staatlichen Stellen auf, die aber nicht geschaut haben, ob er Waffenbesitzer ist. Diese Informationen sind für befugte Behörden rund um die Uhr elektronisch recherchierbar. Es gibt hohe Hürden, bevor jemand eine Sportwaffe besitzen kann. So muss er zunächst einen Sachkunde-Kurs belegen, dann wird er Gastschütze. Er muss mindestens ein Jahr im Verein trainieren und es wird wie bereits angesprochen behördlich überprüft, ob sein Polizeiliches Führungszeugnis sauber ist und ob er dem Verfassungsschutz bekannt ist. Nur wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, erlaubt die Waffenbehörde den Waffenbesitz. Waffenbesitzer werden auch danach regelmäßig überprüft.

Reicht das wirklich aus, um einen Menschen kennenzulernen?

Beim Training in einem Zeitraum von einem Jahr lernen wir Interessenten sehr genau kennen. Haben wir Zweifel an der Eignung, bekommt er von uns keine Zustimmung. Wahr ist allerdings

auch: Hinter die Stirn des anderen kann keiner schauen. Maßgeblich sind in jedem Fall die angesprochenen amtlichen Überprüfungen, auf die wir uns als Verein verlassen müssen.

Sie sind seit Jahren Mitglied im Schützenverein. Macht es Ihnen noch Freude, einen Sport auszuüben, der in Verbindung mit Gewalttaten gebracht wird?

Der Sport kann nicht für vereinzelte Gewalttaten verantwortlich gemacht werden. Wie ein Blick beispielsweise zu unseren tschechischen Nachbarn mit ihrem liberalen Waffenrecht zeigt, ist Waffenbesitz dafür nicht kausal. Ich übe meinen Sport weiterhin gerne aus. Mich faszinieren die Konzentration, die Körperbeherrschung und die innere Ruhe, die von einem Schützen verlangt werden. Sehr viel Energie kostet allerdings das Engagement gegen die immer wiederkehrenden unverhältnismäßigen Bestrebungen, das Waffenrecht zu verschärfen. Diesen Diskussionen müssen wir uns immer doppelt stellen: zunächst auf EU-Ebene und dann noch einmal gegen die verschärfte nationale Umsetzung dessen in Deutschland.

Das Interview führte Thomas Drendel.